

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2022

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Institutionen: Maßnahmen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine	1
Rat der EU: Ministerkonferenz zur Einführung der EU-Kindergarantie	1
EU-Kommission / EU-Parlament: Entwicklung der EU-Care-Strategie.....	1
EU-Kommission: Vorschlag für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen	2
EU-Kommission: Aufruf zu Beiträgen über ein angemessenes Mindesteinkommen.....	2
EU-Parlament: Überarbeitung der Verordnungen für Kinder- und Orphan-Arzneimittel	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Ukraine: Informationen zu Bildungsressourcen für geflüchtete Kinder	3
Bulgarien: Herausforderungen bei der Umsetzung der EU-Kindergarantie	3
Ungarn: Bericht aus Längsschnittstudie „Aufwachsen in Ungarn“ zum Thema Schwangerschaft	3
Schweiz: Aktuelle Statistik über Familienzulagen erschienen.....	4
Weitere Nachrichten	4
EU Alliance for Investing in Children: Aktionspläne für die Kindergarantie verspätet.....	4
Familien- und Kinderrechtsorganisationen fordern Schutz für Kinder auf der Flucht	4
Kinderrechtliche Kritik aus Deutschland an Entwurf zur EU-Verordnung über digitale Dienste	5
Internationaler Frauentag.....	6
ELFAC: Neue Website des Netzwerks familienfreundlicher Städte und Gemeinden	6
Berichte und Studien	6
UNICEF: Kurzbericht über Kinderschutz im Kontext von Flucht und Migration	6
UNICEF: Themenseite zur Forschung über die Situation von Kindern mit Behinderungen	7
UNICEF: Bericht über Einfluss der Lebensmittelindustrie auf Ernährung von Säuglingen	7
ILO: Bericht zu Eltern- und Pflegezeiten	7
Population Europe: Kurzberichte über Studien zu Familienplanung und Geburtenraten	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Institutionen: Maßnahmen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine

Nach einem Vorschlag der EU-Kommission haben die EU-Institutionen sich geeinigt, die Richtlinie über vorübergehenden Schutz zu aktivieren, um Geflüchtete aus der Ukraine wirksam unterstützen zu können. Die Richtlinie wurde für Situationen konzipiert, in denen aufgrund von Krieg und Vertreibung in kurzer Zeit eine große Zahl von Menschen Schutz in der EU sucht. Sie ermöglicht eine EU-weit koordinierte Aufnahme Geflüchteter, die nicht nach den Regelungen des Dublin-Systems gehandhabt werden muss. Durch die Aktivierung der Richtlinie können alle Geflüchteten aus der Ukraine ein Aufenthaltsrecht, Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt sowie Sozialleistungen und Leistungen des Gesundheitssystems erhalten und sind von der Residenzpflicht befreit.

Die Kommission hat zudem das Programm CARE (Cohesion's Action for Refugees in Europe) vorgeschlagen, das Mittel zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Aufnahme und Unterbringung durch Änderungen in der EU-Kohäsionspolitik zur Verfügung stellen soll. Besonders sollen dabei die an die Ukraine grenzenden Staaten unterstützt werden sowie jene, die besonders viele Geflüchtete aufgenommen haben.

- [Proposal for Cohesion's Action for Refugees in Europe \(CARE\)](#)  
- [Factsheet: EU preparedness to welcome those fleeing the war in Ukraine](#) 

Rat der EU: Ministerkonferenz zur Einführung der EU-Kindergarantie

Der Französische Vorsitz im Rat der EU hat eine Konferenz der zuständigen Minister:innen veranstaltet, um die Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder voranzubringen. In Diskussionsrunden wurden Best Practice Beispiele vorgestellt und verschiedene Aspekte der Kindergarantie behandelt: das Erreichen benachteiligter Bevölkerungsgruppen, das Thema frühe Kindheit und die Bedürfnisse von Kindern mit psychischen Erkrankungen. Im Rahmen der Konferenz wurde zudem ein Dialog mit ca. 20 Kindern aus der EU geführt, die den Minister:innen ihre Erfahrungen, Bedürfnisse und Ideen berichten konnten. Darüber hinaus wurde die Lage von Kindern und Familien in der Ukraine und auf der Flucht von dort thematisiert. Die Minister:innen veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Pflicht der EU betonen, vom Krieg betroffene Kinder und Familien zu unterstützen. Ergänzend zu den Beschlüssen der EU-Institutionen bekräftigten sie, bei allen Maßnahmen zur Unterstützung Geflüchteter das Kindeswohl zu priorisieren.



- [Erklärung der europäischen Minister:innen für Kinder zur Lage in der Ukraine](#) 

EU-Kommission / EU-Parlament: Entwicklung der EU-Care-Strategie

Zur Entwicklung einer EU-Care-Strategie hat die EU-Kommission vom ersten bis zum 29. März in einer öffentlichen Konsultation Rückmeldungen eingeholt. Diese sind auf dem Portal „Have Your Say“ der Kommission einsehbar. Unterdessen haben die Ausschüsse für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) und für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter des EU-Parlaments am 24. März eine Expertenanhörung zur EU Care Strategie durchgeführt.

COFACE Families Europe hat für die Konsultation der Europäischen Kommission Empfehlungen für die Ausarbeitung der EU-Care-Strategie abgegeben. Es sei entscheidend, bei der Planung die Kindergarantie, die Kinderrechtsstrategie, die Work-Life-Balance Richtlinie, die Strategie für die Rechte von Menschen mit

Behinderungen und die Strategie für Geschlechtergerechtigkeit einzubeziehen und die Pflegestrategie in Übereinstimmung mit diesen bestehenden Programmen zu planen. Wichtig sei zudem die Anerkennung informeller Pflegetätigkeiten durch Familienangehörige.

- [COFACE: Empfehlungen für die EU-Pflegestrategie](#) 
- [Rückmeldungen zu Plänen für die EU-Pflegestrategie](#) 

EU-Kommission: Vorschlag für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen

Am internationalen Frauentag hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen veröffentlicht. Der Vorschlag thematisiert neben körperlicher und sexueller Gewalt auch Formen psychischer Gewalt und Machtausübung über finanzielle Abhängigkeit sowie geschlechtsspezifische Belästigung am Arbeitsplatz. Häusliche Gewalt bildet jedoch einen Schwerpunkt. Der Entwurf orientiert sich weitgehend an der Istanbul-Konvention, dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Im vergangenen Jahr hatte der EuGH entschieden, dass die EU der Konvention ohne die einstimmige Entscheidung aller Mitgliedstaaten beitreten darf (s. [EuropaNews 10/21](#)). Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Litauen, Lettland und die Slowakei haben die Istanbul-Konvention bisher nicht ratifiziert. Begründet wird die Ablehnung damit, dass einige Aspekte des Übereinkommens den Stellenwert der traditionellen Familie gefährdeten. Mit der nun vorgeschlagenen Richtlinie will die Kommission die Umsetzung der Konvention über das EU-Recht durchsetzen. Bis zum 18. Mai werden noch Rückmeldungen gesammelt.

- [Proposal for a Directive on combating violence against women and domestic violence](#)  
- [Rückmeldung zum Vorschlag der Kommission](#) 

EU-Kommission: Aufruf zu Beiträgen über ein angemessenes Mindesteinkommen

Die EU-Kommission ruft zum Thema „adäquates Mindesteinkommen“ mit einem „Call for Evidence“ auf, Beiträge einzureichen. Wie in der Europäischen Säule sozialer Rechte angekündigt, bereitet die Kommission einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung dazu vor. Damit sollen die bestehenden Maßnahmen der Mitgliedstaaten ergänzt werden, um EU-weit ein Mindesteinkommen zu sichern, das vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt. Die Beiträge im Rahmen des Call for Evidence sollen in diesen Vorschlag einfließen. Alle interessierten Bürger:innen und Organisationen sind aufgerufen, bis zum 1. April ihre Beiträge einzureichen.

- [EU-Kommission: Call for Evidence zum adäquaten Mindesteinkommen](#) 

EU-Parlament: Überarbeitung der Verordnungen für Kinder- und Orphan-Arzneimittel

Das EU-Parlament hat eine Entschließung angenommen, in dem es die Überarbeitung der Verordnungen für Kinder- und Orphan-Arzneimittel fordert. Orphan-Arzneimittel sind Medikamente gegen seltene Erkrankungen. Für die Patient:innengruppen der Kinder und der Menschen mit seltenen Erkrankungen müsse der Zugang zu innovativen Medikamenten gesichert werden. Insbesondere die Investitionen in die Behandlung von Krebserkrankungen von Kindern müssten verstärkt werden, so die Entschließung. Auch ein aktueller Bericht der Weltgesundheitsorganisation kommt zu dem Ergebnis, dass die medizinische Versorgung bei Krankheiten abhängig davon sei, wie rentabel die Entwicklung von pharmazeutischen Produkten zu ihrer Heilung ist. Da Krebserkrankungen in den meisten Fällen im höheren Erwachsenenalter vorkommen, zählen Krebserkrankungen

bei Kindern zu den seltenen Erkrankungen. Um allen Patient:innen die bestmögliche Versorgung zu bieten, empfiehlt auch die WHO die Überarbeitung der entsprechenden Verordnungen.

- [Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Stärkung Europas im Kampf gegen Krebserkrankungen](#)
- [WHO-Bericht "Childhood Cancer"](#)  

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Ukraine: Informationen zu Bildungsressourcen für geflüchtete Kinder

Der Menschenrechtsbeauftragte des ukrainischen Parlaments hat einen Informationsleitfaden erstellt, in dem Online-Bildungsressourcen für geflüchtete Kinder aus der Ukraine zusammengestellt sind. Der Leitfaden steht auf Ukrainisch und Englisch zur Verfügung und richtet sich an Kinder, Eltern und Lehrer:innen. Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Ukraine hat einen Online-Lehrplan für die Klassenstufen eins bis elf verfasst. Über ein Kalendertool sind die jeweils geplanten Aktivitäten für jeden Tag verlinkt. Außerdem wurde eine Plattform geschaffen, die Materialien wie Lehrvideos, Tests und Texte zum Selbststudium für Schüler:innen enthält. Für Lehrkräfte steht Unterstützung bei Methoden des E-Learnings zur Verfügung. Weiterhin wird auf private Fernschulen verwiesen, die aufgrund des Krieges ihr Angebot kostenlos zur Verfügung stellen sowie auf Links zu digitalen Lehrbüchern für die Klassen eins bis elf.

- [Information on the organisation of the educational process for Ukrainian children](#)  

Bulgarien: Herausforderungen bei der Umsetzung der EU-Kindergarantie

Die bulgarische Kinderrechtsorganisation National Network for Children hat einen Bericht über die Herausforderungen für die Umsetzung der EU-Kindergarantie in Bulgarien. In Bulgarien leben 400.000 Kinder in Armut (ca. jedes dritte Kind). 38 Prozent von ihnen leben in solcher materiellen Deprivation, dass ihnen Bücher und angemessene Kleidung für die Schule fehlen. Kinder, die in Armut aufwachsen, verlassen öfter die Schule ohne Abschluss bzw. erzielen häufig schlechte Bildungserfolge: rund 40 Prozent der 15-jährigen Schüler:innen sind funktionale Analphabet:innen. Soziale Ungleichheiten zeigen sich auch im Bereich der Gesundheitsversorgung. Schwangere und Kinder gesellschaftlicher Minderheiten gehen selten zu Vorsorgeuntersuchungen und sind häufig nicht krankenversichert. Im Bericht werden auch Vorschläge zur Umsetzung formuliert. Empfohlen wird ein ganzheitlicher Zugang über Programme, die Familien in Armut beim Zugang zu Bildung unterstützen und im Bereich der Gesundheitsversorgung, auf Gruppen mit Zugangsbarrieren gezielt zuzugehen.

- [NNC: The European Child Guarantee in Bulgaria](#)  

Ungarn: Bericht aus Längsschnittstudie „Aufwachsen in Ungarn“ zum Thema Schwangerschaft

Der erste Bericht zur Längsschnittstudie „Aufwachsen in Ungarn“ beschäftigt sich mit der Situation Schwangerer in Ungarn. Die Studie wird vom ungarischen Institut für demografische Forschung durchgeführt und begleitet 8.300 im Jahr 2018 geborene Kinder, bis sie erwachsen sind. Die Daten für diesen Bericht wurden bereits im Jahr 2017 vor der Geburt dieser Kohorte erhoben, um auch die Schwangerschaft als Teil des Aufwachsens in Ungarn einzubeziehen. Sie bestehen aus Interviewdaten, Aufzeichnungen der Schwangeren, Informationen aus

medizinischen Untersuchungen und Befragungen der zuständigen medizinischen Fachkraft. Enthalten sind demografische Informationen über die Eltern, zur sozioökonomischen Situation und über Einstellungen zu den Themen Familie, Geschlechterrollen und Arbeitsteilung in der Familie. Zur Schwangerschaft selbst wurden Informationen über die Familienplanung, Gesundheitsversorgung und -zustand der Schwangeren und ihre momentane Berufstätigkeit gesammelt. Von den rund 8.300 werdenden Müttern waren ca. 20 Prozent unter 25 Jahre alt. Knapp über die Hälfte von ihnen war verheiratet. 86 Prozent gaben an, eine positive Einstellung zu ihrer Schwangerschaft und 29 Prozent, eine hohe Lebenszufriedenheit zu haben.

- [Pregnancy in Hungary - Report on the first wave of the Cohort '18 - Growing up in Hungary](#)  

Schweiz: Aktuelle Statistik über Familienzulagen erschienen



In der aktuellen Statistik über Familienzulagen im Jahr 2020 in der Schweiz werden die verschiedenen Formen von Familienleistungen aufgeschlüsselt, die in diesem Jahr in der Schweiz gezahlt worden sind. Außerdem wird berichtet, aus welchen Mitteln die verschiedenen Leistungen finanziert wurden. 71 Prozent der Familienleistungen wurden als sogenannte Kinderzulagen ausgezahlt, die dem deutschen Kindergeld entsprechen. Circa 29 Prozent betragen die Ausbildungszulagen und etwa ein Prozent Geburts- und Adoptionszulagen. Insgesamt erhielten rund 1,4 Millionen Bürger:innen der Schweiz Familienleistungen. Die Mittel von insgesamt 6,9 Milliarden Franken stammten zum Großteil aus den Beiträgen von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgebern (6,4 Mrd. Franken). Aus öffentlichen Mitteln kamen 200 Millionen, aus Kapitalerträgen und sonstigen Einnahmequellen 400 Millionen Franken.

- [Bundesamt Sozialversicherungen der Schweiz: Statistik Familienzulagen](#)

Weitere Nachrichten

EU Alliance for Investing in Children: Aktionspläne für die Kindergarantie verspätet

Die EU Alliance for Investing in Children hat in einer Stellungnahme auf die Verspätung der nationalen Aktionspläne für die Umsetzung der EU-Kindergarantie aufmerksam macht. Bis zum Fristende am 15. März habe die Kommission nur einen vollständigen Plan und drei Entwürfe erhalten. Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, die Aktionspläne schnellstmöglich einzureichen. Dabei sollte auf Transparenz und die Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen geachtet werden. Die EU Alliance for Investing in Children verweist zudem auf ihre Empfehlungen zur Gestaltung der Aktionspläne, die unter anderem die Bedeutung ganzheitlicher und diskriminierungskritischer Ansätze, Zugänglichkeit von Angeboten für alle Gruppen von Kindern und das Ziel der Deinstitutionalisierung der Pflege von Kindern mit Behinderungen betonen.

- [Stellungnahme zur Verspätung der Aktionspläne für die EU-Kindergarantie](#) 
- [Empfehlungen für die Gestaltung der Aktionspläne zur Umsetzung der EU-Kindergarantie](#) 




Familien- und Kinderrechtsorganisationen fordern Schutz für Kinder auf der Flucht

COFACE Families Europe ruft die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten in einem offenen Brief dazu auf, Familien in der Ukraine wirksam zu unterstützen. Es müsse sichergestellt werden, dass Hilfen bei denen ankommen, die sie benötigen. Die Organisation mahnt außerdem an, dass alle Geflüchteten ein Recht auf die gleiche Behandlung

haben: rassistische Diskriminierung und Benachteiligung aufgrund der Nationalität, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung dürften nicht den humanitären Schutz gefährden. Die Zivilgesellschaft müsse durch EU-weite Koordination bei ihrer Hilfsbereitschaft unterstützt werden. Dringend benötigt würden psychologische Beratungsangebote für Kinder und Familien auf der Flucht. Für das Ankommen der Geflüchteten in den aufnehmenden Gesellschaften müssten langfristige Strategien geplant werden.

Eurochild ruft die EU auf, den Kinderschutz während und nach der Flucht aus der Ukraine sicherzustellen. Dazu solle die EU die Koordination zwischen den Mitgliedstaaten fördern und schnelle Hilfsmaßnahmen finanzieren, die EU-weit aufeinander abgestimmt sind. Kinder und Familien aus der Ukraine müssten jetzt psychosoziale Unterstützung erhalten. Die Organisation befürwortet die bisherigen Schritte der EU-Institutionen. Zudem ruft sie dazu auf, zivilgesellschaftliche Organisationen stärker einzubeziehen, um alle zur Verfügung stehenden Ressourcen für die ukrainischen Geflüchteten zu nutzen. Eurochild hat eine eigene Website zur Solidarität mit der Ukraine veröffentlicht. Darauf werden Informationen über die Unterstützung von Hilfsorganisationen gesammelt und Nachrichten sowie Stellungnahmen zum Krieg in der Ukraine gebündelt.

Die UNICEF hat eine Stellungnahme zur Situation unbegleiteter Kinder auf der Flucht veröffentlicht. Sie richtet sich vor allem an die Nachbarländer der Ukraine und alle Staaten, in die aktuell Familien und Kinder fliehen. UNICEF betont, dass Kinder ohne ihre Familien auf der Flucht einem hohen Risiko für Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch ausgesetzt sind. Die betroffenen Staaten werden aufgefordert, sichere Orte für Kinder und Familien nach der Ankunft zu schaffen und dabei eng mit den Kinderschutzbehörden zusammenzuarbeiten. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete sollten in Pflegefamilien oder geeigneten Einrichtungen der nationalen Kinderschutzsysteme untergebracht werden. UNICEF macht darauf aufmerksam, dass von den 100.000 Kindern, die in der Ukraine in Heimen und Internaten leben, die Hälfte Kinder mit Behinderungen sind. Bei der Evakuierung von Einrichtungen müsse darauf geachtet werden, dass Kinder nicht von ihren Familien getrennt werden.

- [COFACE: Families Europe stands with Ukraine](#) 
- [Eurochild: Get children to safety & help them feel safe](#) 
- [Eurochild: Solidarity with Children of Ukraine](#) 
- [UNICEF: Unbegleitete und von ihren Familien getrennte Kinder auf der Flucht schützen](#)

Kinderrechtliche Kritik aus Deutschland an Entwurf zur EU-Verordnung über digitale Dienste

Das Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland hat einen offenen Brief über die geplante EU-Verordnung „Gesetz über Digitale Dienste“ (Digital Services Act) veröffentlicht. Die zuständigen Minister:innen werden darauf aufmerksam gemacht, dass die geplanten Regeln auf der EU-Ebene das in Deutschland erreichte Niveau des Kinderschutzes in den Medien aushebeln könnten. Es wird angeregt, das deutsche Modell als Mindeststandard für den EU-weiten Kinder- und Jugendschutz im Netz zu betrachten. Mindestens müsse durch eine Ergänzung im EU-Gesetz sichergestellt werden, dass nationale Maßnahmen nicht durch die neuen Verordnungen berührt werden. Konkret betreffen diese Bedenken die Sorgfaltspflicht von Plattformen für die Wahrung der Kinderrechte, die in der Reform des Jugendschutzgesetzes in Deutschland im vergangenen Jahr festgeschrieben worden war. Das nun geplante EU-Gesetz hingegen besage, dass Plattformen nicht verpflichtet sind, zu prüfen, ob ihr Angebot für Straftaten gegen Kinder missbraucht werde. Vorgeschlagen wird, in den Text des Gesetzes über Digitale Dienste eine Ausnahme für den Bereich des Schutzes von Minderjährigen einzufügen.

- [Netzwerk Kinderrechte: Offener Brief "Kinderrechte und das Gesetz über Digitale Dienste"](#) 

Internationaler Frauentag

Der Internationale Frauentag am 8. März wurde in diesem Jahr genutzt, um auf verschiedene Themen im Bereich der Geschlechtergleichstellung aufmerksam zu machen. Das EU-Parlament hat anlässlich des Internationalen Frauentags aktuelle Daten über die Auswirkungen von Arbeiten im Home Office, über Work-Life-Balance und unbezahlter Care-Arbeit sowie zur psychischen Gesundheit von Frauen und Männern zusammengetragen. Die UN informierte anlässlich des Aktionstages über die unterschiedlichen Auswirkungen der Klimakrise auf die Geschlechter. Naturkatastrophen und Dürren verstärkten sexuelle Gewalt an Frauen und Kindern und Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Dürren und Wassermangel gefährdeten die Versorgung von Stillenden und Schwangeren. Die OECD hat zu geschlechtsspezifischen Aspekten von Klimawandel einen Podcast veröffentlicht. Mit der Serie von Fachgesprächen „Truth Hurts“ will die OECD außerdem einen Beitrag zur Prävention von Gewalt an Frauen leisten.

- [EU-Parlament: Informationen zu unbezahlter Betreuungsarbeit und psychischer Gesundheit](#)
- [UN Women: Papier zum Zusammenhang von Klimawandel und Geschlechtergerechtigkeit](#)  
- [OECD: Podcast "Women, climate change & data"](#) 
- [Truth Hurts: OECD Talk series on Preventing Violence Against Women](#) 

ELFAC: Neue Website des Netzwerks familienfreundlicher Städte und Gemeinden

Das Europäische Bündnis kinderreicher Familien (European Large Families Confederation, ELFAC) hat eine Website für das Netzwerk familienfreundlicher Städte und Gemeinden veröffentlicht. Das Netzwerk dient seit dem Jahr 2018 dazu, entsprechende Best Practices europaweit zu teilen. Die Website informiert darüber, wie Familien auf kommunaler Ebene unterstützt werden können und in Gemeinden und Städten ein familienfreundliches Umfeld geschaffen werden kann. Es werden Best Practices aus den Mitgliedsgemeinden vorgestellt und über Neuigkeiten der nationalen Verbände kinderreicher Familien informiert.

- [Website FamilyCities.eu](#) 

Berichte und Studien

UNICEF: Kurzbericht über Kinderschutz im Kontext von Flucht und Migration

UNICEF hat einen Kurzbericht über die zentralen Herausforderungen von Kindern im Zusammenhang mit Flucht und Migration erstellt. Die Daten für den Bericht stammen aus Befragungen von Kindern und Jugendlichen auf der Flucht oder in der Migration aus Somalia, Äthiopien, Sudan und Ägypten. Dem Bericht vorangestellt sind die Ziele für eine kindgerechte Gestaltung von Flucht und Migration aus der UN-Kinderechtskonvention. Dazu zählt das Ziel, Kindern und Jugendlichen aktuelle und richtige Informationen über den Prozess ihrer Migration zur Verfügung zu stellen, die besonderen Verletzbarkeiten von Kindern und Jugendlichen in diesem Prozess zu beachten und sie vor Gewalt zu schützen. Weitere Ziele sind die Verbesserung von Unterstützungsangeboten und die Beendigung der Inhaftierung von Kindern und Jugendlichen an Grenzen. Von den Befragten hatten 39 Prozent im Prozess der Migration Gewalt erlebt, 30 Prozent wurden in Gewahrsam genommen und 21 Prozent mussten Zwangsarbeit leisten. Es zeigte sich außerdem, dass Kinder und Jugendliche ein geringeres Vertrauen zu Polizei und staatlichen Behörden hatten als zu Hilfsorganisationen und Sozialarbeiter:innen. Der Bericht leitet daraus ab, dass

Mitarbeitende staatlicher Institutionen für den Umgang mit Kindern weitergebildet werden müssten. Nur wenn Kinder und Jugendliche den Vertreter:innen von Behörden vertrauten, könne effektiv geholfen werden.

- [UNICEF: Strengthening child protection services and ending child immigration detention](#)  

UNICEF: Themenseite zur Forschung über die Situation von Kindern mit Behinderungen

Im Rahmen des Global Disability Summit 2022 hat UNICEF eine neue Themenseite vorgestellt, auf der Forschungsergebnisse zu den Lebensumständen von Kindern mit Behinderungen weltweit gesammelt werden. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, auf Grundlage umfassender wissenschaftlicher Belege ein inklusives Umfeld für alle Kinder mit Behinderungen zu schaffen. Die Publikationen sind in die Themen inklusive Technologie, Covid-19, inklusive Bildung, Daten, Stigma und Diskriminierung und humanitäre Hilfe gegliedert. Aktuell erschienen sind ein Diskussionspapier über die Möglichkeiten technologischer Assistenzsysteme in der Bildung und Partizipation, ein Bericht über den Schulbesuch von Kindern mit Behinderungen in Entwicklungsländern und ein Kurzbericht über Maßnahmen gegen Diskriminierung von Kindern mit Behinderungen. Im Rahmen des Themenschwerpunkts Kinder und Covid-19 erscheint vierteljährlich eine Zusammenfassung der Forschung zu einem bestimmten Aspekt. Die aktuelle Ausgabe trägt Erkenntnisse zu Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf Kinder mit Behinderungen zusammen.

- [UNICEF: Research and Evidence on Children with Disabilities](#) 
- [Children and COVID-19 Research Library Quarterly Digest: Children with disabilities](#)  

UNICEF: Bericht über Einfluss der Lebensmittelindustrie auf Ernährung von Säuglingen

In einem aktuellen Bericht dokumentiert UNICEF die Marketingpraktiken der Lebensmittelindustrie und ihren Einfluss auf die Entscheidung von Eltern, wie sie ihre Säuglinge ernähren. Oftmals enthalte die Werbung irreführende Botschaften und erzeuge den falschen Eindruck einer wissenschaftlichen Fundierung. Sie verstoße häufig gegen den Internationalen Kodex für die Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten. Dieses Abkommen wurde im Jahr 1981 von der Weltgesundheitsversammlung verabschiedet, um Eltern vor irreführendem Marketing zu schützen. Bis heute seien aggressive Werbung wie das Sponsoring scheinbar neutraler Beratungsangebote und Empfehlungen für Gesundheitsfachkräfte jedoch verbreitet. Für den Bericht wurden 8.500 Eltern und schwangere Frauen sowie 300 Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen befragt. Die Teilnehmer:innen kamen aus Bangladesch, China, Mexiko, Marokko, Nigeria, Südafrika, Großbritannien und Vietnam. Insbesondere das Marketing über Gesundheitsfachkräfte scheint dabei effektiv zu sein: So gaben mehr als ein Drittel der Befragten an, die Empfehlung für ein bestimmtes Produkt von einer Fachkraft erhalten zu haben. Die WHO betont die Vorteile des Stillens bei der Vorbeugung von Mangel- und Fehlernährung sowie für das Immunsystem. UNICEF und WHO fordern eine wirksame Bekämpfung unethischer Marketing-Praktiken im Bereich der Muttermilchersatzprodukte.

- [UNICEF: Examining the impact of formula milk marketing on infant feeding decisions and practices](#)  

ILO: Bericht zu Eltern- und Pflegezeiten




Die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) hat einen Bericht über die Zusammenhänge von Eltern- und Pflegezeiten und einer geschlechtergerechten Arbeitswelt veröffentlicht. Der Bericht gibt einen Überblick über weltweite Regelungen und Praktiken zur Unterbrechung der Erwerbsarbeit für

häusliche Pflegetätigkeiten: Mutterschutz und Vaterschaftszeit, Elternzeit, Langzeitpflege und Angebote der Kinderbetreuung. Mit Daten aus 185 Ländern gibt der Bericht eine detaillierte Darstellung rechtlicher Regelungen von Pflegezeiten, von Schutzmechanismen gegen Arbeitsplatzverlust, Antidiskriminierungsrichtlinien, Gesundheitsschutz schwangerer Angestellter und den Umgang mit stillenden Arbeitnehmerinnen. Die Standards aus dem ILO-Übereinkommen über den Mutterschutz aus dem Jahr 2000 wurden in 82 der untersuchten Länder nicht erfüllt. Ein zentrales Hindernis für eine geschlechtergerechte Arbeitswelt bleibe das fehlende Recht auf Vaterschaftszeiten in vielen Ländern. Die gesetzlichen Schutzmaßnahmen für Pflegende seien außerdem häufig so geregelt, dass verschiedene Gruppen wie Selbstständige, atypisch Beschäftigte, Migrant:innen, Adoptiveltern und LGBTQI-Eltern von ihnen ausgeschlossen werden.

- [ILO: Care at work](#)  

Population Europe: Kurzberichte über Studien zu Familienplanung und Geburtenraten

In der Reihe PopDigests fasst Population Europe Studien zu demografischen Fragen zusammen und verlinkt die entsprechenden Publikationen für eine ausführliche Lektüre. Aktuell befassen sich mehrere PopDigests mit Fragen zu Geburtenraten und der Familienplanung von Paaren. Eine vorgestellte Studie untersucht den Zusammenhang des Erwerbsstatus der Großeltern und damit ihrer Verfügbarkeit für die Kinderbetreuung mit der Familienplanung von Eltern. Vorgestellt wird außerdem eine Untersuchung, bei der die Geburtenrate in Familien mit Migrationshintergrund nicht nur anhand der Anzahl der Kinder, sondern auch den Zeitpunkten und -abständen von Geburten untersucht wird. Eine weitere Studie untersucht den Einfluss räumlicher Faktoren auf die Geburtenrate bei Migrant:innen in Finnland: sie bekommen dort im Durchschnitt mehr Kinder, wenn sie in einer Nachbarschaft mit hohem Anteil von Migrant:innen leben.

- [PopDigest: When are you giving me grandchildren?](#) 
- [PopDigest: Why just looking at the number of children isn't enough](#) 
- [PopDigest: Does a neighbourhood impact fertility?](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
6.-7. April 2022 Online	Global Deal Conference	OECD
14. April 2022 Online	Equality Bodies contributing to National Equality Strategies	Equinet
13.-15. Mai 2022 Barcelona, Spanien	First International Workshop on Family Support	Institute for Advanced Family Studies, Universitat Internacional de Catalunya
17. Juni 2022 Zürich, Schweiz	Detox Masculinity – und dann...?	Dachverband Schweizer Männer- und Väterorganisationen

27. Sept. 2022 Berlin	Europäisches Fachgespräch zur Umsetzung der Europäischen Kindergarantie	AGF / COFACE Families Europe
13. Okt. 2022 Ibiza, Spanien	IAFL Introduction to European Family Law Conference	International Academy of Family Lawyers

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

